

## Realer Sozialismus (RS) am Beispiel DDR:

Woran ist er gescheitert?  
 Was bleibt historisches Ziel?  
 Was sind meine Irrtümer?  
 Was bleibt von meiner politischen Position?

Im folgenden möchte ich meine Meinung zu den obigen Fragen aufschreiben wie sie sich im Laufe der letzten Jahre insbesondere durch die Umwälzungen in der DDR ergeben hat durch die Verarbeitung von Nachrichten, Einzeleindrücken, fremden Kommentaren und Einschätzungen und zugegebenermassen relativ wenig Diskussionen weder mit früher Gleichgesinnten noch mit mir bekannten anders Gesonnenen. Ziel ist es, die Vorgänge nicht allein durch Verdrängung zu verarbeiten und in der Diskussion mit anderen bestimmte Grundlagen wiederzugewinnen.

Der reale Sozialismus in der DDR und in den anderen osteuropäischen sozialistischen Ländern ist nicht an der Unfähigkeit einer herrschenden Clique gescheitert, sondern auch diese war ein Resultat der realsozialistischen Entwicklung. Honnecker, Mielke, Mittag, Tisch waren in der DDR die Spitze eines Systems, das sich konsequent und systematisch aus einem bestimmten sozialistischen Ansatz in Gegnerschaft und Abgrenzung zum realen Weltkapitalismus um das Moskauer Zentrum entwickelte. Dieser bestimmte sozialistische Ansatz war in sich und historisch stimmig.

Er war ein bewusstes gesellschaftliches Experiment als Alternative auf Leben oder Untergang zum Kapitalismus geschaffen. Die Frage, ob dieses Experiment global oder nur in einem/einigen Länd(ern) durchführbar sei, war letztlich eine theoretische, weil es gegen den Kapitalismus nur die staatliche Organisation (mit Armee, Bürokratie, Verkehrsmonopol etc..) eines Sozialismus schaffen konnte zu überleben. Automatisch war aber damit die Einbindung dieses Sozialismus in die weltumspannende imperialistische Weltwirtschaft verbunden. Dies ist sozusagen die Dialektik dieses sozialistischen Experiments von anfang an. Konsequent ist das Zeitalter seit 1918 daher auch als das Zeitalter der globalen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus bezeichnet worden.

Der Rahmen und die Schärfe dieser Auseinandersetzung bestimmte die Entwicklung dieses Sozialismus aber auch die des Imperialismus. Letzteres ist theoretisch und praktisch zu wenig umgesetzt worden. Denn wenn es überhaupt eine Chance gibt, durch bewusste Entwicklung eine Alternative zum Imperialismus zu schaffen, dann nicht wegen/durch bessere Ökonomie zum besseren Leben für die grosse Mehrheit, sondern durch die Beispielwirkung eines besseren Lebens für alle und dadurch gerechtere und humanere Ökonomie und Naturbeherrschung.

Diese Ansicht und Reihenfolge widerspricht nicht der Marx'schen Grundauffassung vom Primat der Ökonomie. Meine Behauptung besagt nur, dass der Imperialismus mit der Übermacht seiner Ökonomie nicht zu schlagen ist mit einer noch besseren (ökonomischeren) - das ist das, was er immer mit sich selbst bereits macht - sondern nur durch ein moralisch und humanistisch überzeugendes Konzept, dem natürlich auch die zugehörige Ökonomie entsprechen muss. Ein Sieg einer am Beginn zahlenmässig unterlegenen Weltanschauung könnte möglich sein, ein Sieg einer "naturgemäss" schwächeren Ökonomie nicht.

Diese Behauptung versuche ich am Ende weiterzuführen. Hier kommt es mir nur darauf an, die Konsequenz der Entwicklung, die sich aus der Systemgegnerschaft ergab, für den realen Sozialismus nachzuvollziehen. Die Konsequenz ergab sich aus einer Reihe von politischen Schritten beim Aufbau des realen Sozialismus in einigen Ländern:

- Entmachtung der politisch herrschenden Klasse (Klasse im

Leninschen Sinn. Zur Veränderung des Klassenbegriffs s. später).

- Beseitigung ihrer ökonomischen und sozialen Grundlagen.
- Sicherung der eigenen Herrschaft durch neue staatliche, rechtliche, ökonomische und bildungsmässige Grundlagen.
- Herstellung eines neuen ökonomischen Gleichgewichts im Spannungsfeld von innerer sozialistischer Ökonomie und kapitalistischem Weltmarkt.
- Einflussnahme auf die globale politische Ordnung durch Absicherung des realen Sozialismus in mehreren Ländern (soz. Weltsystem) und durch Zusammenarbeit mit den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen sowie anderen sozialistisch-kommunistischen Bewegungen.

Diese Stufen der Entwicklung sind abstrakt gesehen kontinuierlich, aufeinander aufbauend, notwendig und in keiner Hinsicht schädlich für das Fernziel: die Abdrängung des Imperialismus in die Defensive bis zu seiner Überwindung und der Eröffnung einer sozialistischen Entwicklungsmöglichkeit für jedes Land.

Die Schritte wurden historisch auch begangen und historisch und global gesehen besteht ein guter Teil meiner politischen Überzeugung im Verstehen und Nachvollziehen dieser Schritte. Ich bin auch nach wie vor davon überzeugt, dass in den jeweiligen historisch konkreten Entscheidungssituationen (Oktoberrevolution, Industrialisierung, NEP, Kollektivierung, Antihitlerkoalition, Jalta, Potsdam, Koreakrise, Ungarn, Kubakrise, CSSR, Vietnam, Afghanistan etc.) bewusst im Sinne dieser Entwicklungsschritte von den jeweiligen machtausübenden Politikern entschieden wurde. Die aussenpolitische Kontinuität der UdSSR und ihrer Verbündeten war überzeugend und - mit unvermeidlichen Einschränkungen - friedenssichernd. Was in dieser Entwicklung nicht absichtsvoll zu gestalten war - die Geschichte ist ja auch kein Automatismus - waren die historischen Einzelfälle, Begleitumstände und Charakterdurchschläge der gestaltenden Politiker (Politikerinnen gab es noch nicht auf dieser Bühne).

Dass Stalin politisch und moralisch verwerflich war, dass Roosevelt vorzeitig starb, dass die USA eine Seemacht waren und die UdSSR eine Landmacht blieben, daß technologisch die atomare Abschreckungsstrategie Grundlage der Weltpolitik wurde, waren in diesem Sinne genauso "Zufälle" bzw. Entwicklungsdeterminanten wie die Tatsachen, dass Lenin Führungspersönlichkeit der Bolschewiki war und Russland erstes sozialistisches Land und dass die Bolschewisierung Russlands mit dem Erstarken des Faschismus in ganz Europa zusammentraf. Letzteres ist durchaus kein Zufall, sondern geradezu Reaktion aber nicht als Teil einer historischen und Globalstrategie wie ich sie im Sinne der 5 Entwicklungsschritte des realen Sozialismus sehe.

Selbstverständlich sind diese Schritte nicht im Ganzen und von vornherein als Strategie entworfen worden, um danach nur durchgesetzt werden zu müssen. Aber die von mir beanspruchte Bewusstheit bezieht sich auf die Notwendigkeit, in welcher jeder Schritt auf dem/den vorhergehenden aufbauen musste in Verbindung mit dem genannten Ziel und der Übereinstimmung mit der zugrundeliegenden geltenden Weltanschauung.

Dass dies von mir und vielen anderen kompetenteren Menschen so gesehen wurde und noch wird, liegt nicht daran, dass eine pervertierte Geschichtsschreibung diese Sichtweise dogmatisch zusammenfügte - quasi synthetisierte und damit Geschichtsklitterei betrieb. Der Zusammenhang ist vielmehr derjenige, der jeder Geschichtsschreibung unterliegt, dass nämlich Geschichte machen und Geschichte schreiben eine Sache der Herrschenden ist aber deswegen noch lange nicht Lüge und Fälschung (das gilt auch für die bürgerliche Geschichte/Geschichtsschreibung). Interessiert bin ich jedenfalls an der Darstellung des 20.

Jahrhunderts durch nachkommunistische Geschichtsschreibung. Sie wird es jedenfalls als Jahrhundert des realen Sozialismus einstufen müssen.

Wenn ich im folgenden mir erarbeite, woran der reale Sozialismus scheiterte, dann will ich für jeden einzelnen der genannten Entwicklungsschritte herausfinden, was neben seiner Gültigkeit und Notwendigkeit das Verderbliche in seiner konkret-historischen-nationalen Umsetzung war, um am Ende eine Charakteristik des Scheiterns ermitteln zu können.

### **1) Entmachtung der politisch herrschenden Klasse.**

Im Bewusstsein der Mehrheit, die bei uns schon immer und jetzt überhaupt das Sagen hat, sind Machtübernahmen durch Kommunisten zwar generell zu verdammen und eine Ursünde. Man kann aber doch gewaltige Unterschiede in der historischen Akzeptanz feststellen: die Oktoberrevolution, die chinesische Volksrevolution, die kubanische, algerische, ägyptische (durch Nasser), vietnamesische, portugiesische (incl. der in den Kolonien), natürlich die "demokratische" chilenische, nicaraguanische, aber selbst in Teilen die tschechoslowakische 1948 müssen historisch akzeptiert werden bzw. sind selbst durch härteste Gegenpropaganda nicht den Völkern als schädlich, aufgezwungen, inhuman - selbst wenn sie blutig verliefen - zu verklickern, sondern entsprechen durchaus dem positiven Bild, dass eine korrupte, knechtende, nicht mehr regieren-könnende Herrschaft nach meist längerem heroischem (weil gegen eine Übermacht gestellt) Kampf für humane Ziele beseitigt wurde.

Dass sich damit unweigerlich die Revolutionäre auch die Finger schmutzig machen mussten - was das Thema der Gegenpropaganda ist - wird dabei auch hingenommen d. h. im wesentlichen findet die Machtübernahme Anerkennung bei allen Fortschrittlichen, Linken und Humanisten, was auch in den jeweiligen Solidaritätsbewegungen seinen Ausdruck findet.

Formen, die nicht hingenommen werden sind die, die wir aus der Nachkriegsära in Osteuropa kennen, wo im Zuge der Befreiung vom Faschismus (dies ist akzeptiert) durch die Rote Armee kommunistische Regierungen entstanden bzw. Volksfronten oder nationale Fronten - selbst wenn diese durch eine starke nationale (Vorkriegs)bewegung und Widerstandsbewegungen legitimiert waren.

Dass eine kommunistische Machtübernahme z.B. in Italien durch die USA verhindert wurde - ganz zu schweigen von den Eingriffen in Südamerika - wirkt nicht entlastend, hingegen die machtpolitischen Züge Stalins verstärkt abstossend. Die moralischen Kategorien der Bewertung sind also entscheidend für die Akzeptanz, entscheidend ist die moralische - nicht unbedingt die demokratische Legitimation derer, die die Macht übernehmen.

Dabei ist, wie im Fall der DDR, die moralische Integrität von Widerstandskämpfern und allen denjenigen, die aufgrund der Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus auf der Basis des Potsdamer Abkommens einen Neuanfang durch Entmilitarisierung, Bodenreform, Enteignung der Kriegsverbrecher, Sozialisierung der Grundstoff- und Schwerindustrie, Brechung des Bildungsprivilegs etc. versuchten, ungenügend. Ohne diese wäre zwar auch das Modell DDR, so wie wir es kennen, undurchführbar gewesen. Es reicht aber nicht hin, um die Ressourcen des ganzen Volkes für den Neubeginn, der sich naturgemäss über Jahre gegen den Widerstand der kapitalistischen Restwelt hinziehen muss, zu mobilisieren. Der erste Schritt ist zwar geschafft, gefährdet aber entscheidend den zweiten Schritt.

### **2) Beseitigung der ökonomischen und sozialen Grundlagen der alten herrschenden Klasse.**

Genauso wie ich diesen Schritt nach wie vor als absolut notwendig

betrachte, wenn man nicht überhaupt auf Gesellschaftsveränderung verzichten will, genauso unabwendbar halte ich soziale, moralische und historische Legitimation für die Durchführbarkeit und das Gelingen dieses Schrittes für entscheidend.

Natürlich ist hier - mehr noch als beim 1. Schritt - die Frage der Bündnispolitik entscheidend, weil es einer herrschenden Schicht an den Kragen geht, die ihrerseits alle Register der Beherrschung bzw. Ausschaltung und Gewinnung von Teilinteressen ziehen kann. Eindeutig haben in diesem Punkt die Herrschenden des realen Sozialismus einseitig, borniert, unerfahren Teilinteressen nur zu unterdrücken vermocht, die ihrerseits in ihrer Gesamtheit antisozialistische Bewegung entfalten konnten. Sicher ist ein Grossteil dieses Effekts darauf zurückzuführen, dass die Herrscher der Ökonomie und des Wohlstands auf Kosten Dritter wesentlich stärker bestechen können als diejenigen, die diese Ökonomie bekämpfen und damit auch Annehmlichkeiten für viele Menschen.

Ein entscheidender Mangel und Grund für die Niederlage des realen Sozialismus ist die Einschränkung des "freien" Austauschs von Information und Meinungen weltweit. Diese Einschränkung wurde auch von mir vertreten als notwendig, weil dieser eben kein freier ist, sondern manipuliert, entsolidarisierend und verdummend. So richtig dies ist, wo richtig ist aber auch, dass die Meinung des Volkes und der Völker trotzdem nicht umzubiegen ist und das Vertrauen in die Meinungs- und Willensbildung des Volkes mehr bewirken kann als Misstrauen und Verbot. Dem Sozialismus - so wie ich ihn verstehe und verstanden habe - steht zwar Bestechung und Entsolidarisierung als Mittel der Meinungsbildung nicht zur Verfügung. Das heisst aber nicht, dass man nur mit dem Mittel des Verbots, der Ab/Ausgrenzung bis zur Verteufelung arbeiten darf. Der Verlust des Moralischen in dieser Kategorie wirkt sich am nachhaltigsten aus - er untergräbt auch alle positiven, aufklärerischen Ansätze.

Sehr genau untersucht werden muss die Frage, was die ökonomischen und sozialen Grundlagen der alten Herrschaft sind, um nicht mit dem Bade notwendige, nützliche und verbindende Strukturen auszuschütten. Hier wurden sicher im "revolutionären Eifer" viele Fehler gemacht, die später z.T. überwunden wurden, als man sich der Herrschaft sicher glaubte. Nur ist hieraus sicher kein Rezept für die Zukunft abzuleiten, denn wie soll der anfangs Schwächere, um sein Leben kämpfende, die Grossmut und den Weitblick des Stärkeren schon haben. Was aber auch hier gilt, ist die Bedeutung der psychologischen und moralischen Kriterien gegenüber den rein polit-ökonomischen. In diesem Zusammenhang ist die Frage der Übernahme der Grundlagen, Methoden und Regeln des Gegners und ihre Weiterentwicklung/Aufhebung ( in der 3-fachen Bedeutung des Wortes) eine Schlüsselfrage. Bekanntlich haben gerade die Nazis es verstanden, kulturelle Elemente und Formen der Arbeiterbewegung für sich zu okupieren und damit grosse Teile der Arbeiterklasse an sich binden können.

Es ist im realen Sozialismus niemals ausgeschöpft worden, was sich etwa aus den Spielregeln und Methoden des Parlamentarismus, des Pluralismus, der Gewaltenteilung, der Gleichheits- und Freiheitsideologie hätte machen lassen. Ich persönlich habe mit der Verachtung des bürgerlichen Schein- und Blendwerks mit diesen Begriffen und Inhalten letztere gar nicht für diskussionswürdig und adaptionsfähig gehalten - ein Kardinalfehler auch der herrschenden Meinung im realen Sozialismus. Richtig waren die Ansätze des Mitregierens in allen Bereichen, wobei jedoch durch die verordneten Endvorgaben und Richtlinien der Partei diesen Ansätzen die Spitze abgebrochen wurde.

Mir ist jedoch klar, dass das Dilemma der Basisdemokratie, die die Handlungsfähigkeit und gesamtgesellschaftliche Entwicklung nicht in den Griff bekommt, bis heute ungelöst ist. Der demokratische Zentralismus in der Art des realen Sozialismus ist jedenfalls keine Lösung.

Wie das Beispiel der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung und ähnliche Ansätze in Nicaragua beweisen, ist auch hier nicht der Stein der Weisen gefunden worden. Man muss wohl davon ausgehen, dass es ihn in dieser Form - als geschlossene allgemein gültige Form auch nie geben wird. Vielmehr sind Strukturen zu erproben, die das labile Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Partikularinteressen (Kommunen, Betriebe, Regionen, Gesamtwirtschaft und -gesellschaft) immer wieder neu herstellen können, ohne die Eigenverantwortung und -initiative durch die jeweils übergeordnete Einheit aufzuheben. Dezentralisierung ist ein wichtiges Stichwort, ohne dass ich daraus ein Dogma machen oder sie als Allheilmittel betrachten würde.

Bedauerlich ist, dass innerhalb des grossen Experiments realer Sozialismus hier nicht mehr Varianten erprobt und Erfahrungen gemacht wurden, die auch nach einem Scheitern weiterleben können und aufhebenswert sind. Gerade aber diese Strukturarmut, ein Wesensmerkmal dieses realen Sozialismus, resultiert aus seiner ständigen Gefährdung und Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus/Imperialismus, der sich selber viel freier noch im Rahmen seiner feudalistischen und kolonialistischen Beschränkungen in vielen Ländern entfalten konnte.

Die ökonomische Grundfrage des 2. Entwicklungsschrittes besteht darin, ob die Beseitigung des kapitalistischen Marktes notwendig und/oder hinreichend ist für den Entzug der Lebensgrundlagen der kapitalistischen Klasse. Zu dieser Frage habe ich momentan noch keine klare Meinung. Durchaus überzeugend wird auf die Beseitigung des Marktes auch die Initiativlosigkeit und Interesselosigkeit der Menschen zurückgeführt bzw. die Planwirtschaft auch für Folgen wie Schönfärberei, sinnloses Wirtschaften, Vergeudung von Ressourcen und Natur verantwortlich gemacht. Gleichzeitig glaube ich (noch) nicht, dass "ein bisschen" Markt möglich ist und dass ein "sozialistischer Markt" machbar ist. Die Wirkungsgesetze des Marktes halte ich für ausserordentlich selbstverstärkend, dass am Ende immer Vermarktung des gesamten gesellschaftlichen Lebens (Arbeit, Wohnung, Bildung, Recht etc..) dabei herauskommt.

Umgekehrt weiss ich natürlich auch, dass der sog. freie Markt im entwickelten Kapitalismus darin besteht, dass sehr wenige Kapitalinstanzen die wirksamen, wesentlichen und globalen Vorgaben festlegen und diese Festlegungen politischer Natur sind.

Für mich ist Verzicht auf Planwirtschaft und (notwendige?) Einführung des Marktes immer noch identisch mit Beibehaltung des Kapitalismus und unter solchen Bedingungen ist sozialistische Politik gleichbedeutend mit sozialdemokratischer. Wenn ich theoretisch nichts überzeugendes Anderes dazu höre, werde ich sozialdemokratisch denken müssen. Noch ist diese Alternative für mich gleichbedeutend damit, Gutes zu denken, nichts zu tun und mich individuell einzurichten trotz aller globalen Probleme.

Dazu will ich mir den 3. **Entwicklungsschritt** noch durch den Kopf gehen lassen, der davon handelt, wie der reale Sozialismus seine eigenen gesellschaftlichen Grundlagen entfaltet hat und was es für Alternativen gegeben hätte. Davon ist nämlich die Entscheidung für oder gegen Markt wesentlich abhängig.

### **3) Sicherung der eigenen Herrschaft durch neue staatliche, rechtliche, ökonomische und bildungsmäßige Grundlagen.**

Vorwegnehmen möchte ich meine Position, die ich momentan dazu habe: Wenn der reale Sozialismus mehr und lebendige Strukturen entfaltet hätte, die politisch-moralisch, ökonomisch-gerecht und ökologisch überzeugend gewesen wären, hätte er auch ohne Markt und gegen die kapitalistische Restwelt genügend Überzeugungskraft ausgeübt, um im freien Austausch der Meinungen und Menschen, ein hinreichend grosses Potential von Menschen an sich binden zu können, das ihn auch ökonomisch stabil gehalten hätte. Dies mein gewagtes Ergebnis.

Ich will jetzt nicht darlegen, wie der reale Sozialismus seine Grundlagen legte, indem er Schritt für Schritt sich nach den Vorgaben des Gegners richten musste und trotzdem etwas anderes sein und werden wollte. Als das immer weniger möglich wurde, schnitt er einerseits sich und die Menschen von der Aussenwelt ab, überwachte sie nach innen und stellte andererseits ökonomisch und nach aussen immer weniger etwas anderes dar als schlechterer Kapitalismus.

Ich behaupte, daß sich in allen Einzelheiten der Entwicklung des realen Sozialismus (insbesondere in der DDR) dies nachvollzogen werden könnte. Ich will es mir zunächst hier schenken/verschieben, um stattdessen deutlich zu machen, dass es Alternativen in jeder einzelnen historischen Situation gegeben hätte, um das Gesetz des Handelns nicht in erster Linie vom Gegner bestimmen zu lassen und parallel dazu die Potenzen des Volkes stärker in die Waagschale zu werfen. Das Risiko eines früheren Scheiterns des realen Sozialismus mit einkalkuliert. Denn was nützt uns jetzt ein total diskreditierter Sozialismus, der es immerhin 70/40 Jahre ausgehalten hat. (Eine meiner neuen Erkenntnisse.)

Eine dieser historischen Situationen war z.B. die vor dem 17. Juni 53. Mit grossen Opfern waren wesentliche sozialistische Grundlagen gelegt, aber ökonomisch ging nichts mehr ohne die Normerhöhungen, die Anlass zum sog. Volksaufstand waren. Es war ein Volksaufstand genauso wie es richtig war, dass diese Situation von CIA bis RIAS zum Sturz des Regimes genutzt wurde.

Was hätte in dieser Situation das Angebot an freien Wahlen unter Voraussetzungen gebracht, die noch von einer nicht korrumpierten SED, FDJ und dem FDGB und den Intellektuellen gestaltet werden konnte. Eine solche Alternative stellte sich real nicht dem herrschenden Politbüro. Mir geht es auch nur darum, dass jede sozialistische Umwälzung nach wenigen Jahren des Umbaus in diese typische Situation gekommen ist. In Nikaragua führte dies zu einer Abwahl der Sandinisten, die jetzt aber als gesellschaftliche Kraft fortbestehen.

Man wird schon theoretisch nach einer sozialistischen Umwälzung die nächste Umwälzung bereits einplanen müssen. Das chinesische Konzept der permanenten Revolution enthält für diesen Punkt einen rationalen Kern. Dabei geht es nicht um permanentes Revoltieren und Umstürzen, sondern um die Frage, wie systematisch an bestimmten Punkten wieder eine Übereinstimmung zwischen Volk und sozialistischer Politik seiner Führung erzeugt wird, indem deutlich Plebiszit, Führungswechsel und Programmänderung eingeführt wird.

In Polen hat dies z.B. durchaus stattgefunden. Es gab Führungswechsel und Programmänderungen, aber mit der Folge, dass wichtige sozialistische Zielsetzungen (z.B. Kollektivierung der Landwirtschaft) auf der Strecke blieben. Letzteres führte dann wieder zu späteren ökonomischen Disparitäten. In der DDR erfolgten nach dem 17. Juni auch Programmänderungen - allerdings ohne Führungswechsel. Das alles waren aber Korrekturen, deren Erfolge notwendigerweise immer unsicher sind bis sie - z.T. nach Jahren - wirklich wirken, die aber nicht mit Rückversicherung durch die Mehrheit der Bevölkerung durchgeführt werden, was ein ausserordentlich wichtiger Faktor der moralischen Legitimation und damit der Herrschaftssicherung ist.

Zum damaligen Zeitpunkt wäre sicher auch eine Maßnahme entsprechend der NÖP Lenins angezeigt, in begrenzter Weise Kapitalismus wieder zuzulassen, nachdem er einmal geschlagen war. Die Politik Kadar's nach dem ungarischen Volksaufstand kann eine derartige Variante auch bestätigen.

Diese Phasen der - in meiner Vorstellung notwendigen 2. Revolution - liefen im sozialistischen Osteuropa allerdings unter der Flagge Entstalinisierung und damit unter dem Zwang, die im 1.

Revolutionschritt geschaffene Akzeptanzlücke zusätzlich zu den Problemen, die jeder sozialistischen Revolution zuwachsen, wettzumachen - eine Aufgabe ohne Chance einer Lösung.

Ganz generell stellt sich hier die Frage, in welchen Schritten und in welcher Dynamik, aufgrund welcher Dialektik schafft ein sozialistisches Gesellschaftsmodell aus sich heraus notwendige Vorgänge wie Herrschafts-/Regierungswechsel, Erneuerung, Weiterentwicklung.

Nach herrschender real-sozialistischer Meinung - und auch meiner - ist das wie im Kapitalismus begründet in der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Nur das stimmt nicht bzw. reicht nicht aus, um funktionierende Entwicklungsdynamik zu erzeugen. Die Vorstellung im Einzelnen war auch, dass die Partei aufgrund der marxistisch-leninistischen Wissenschaft und ihrer führenden Rolle Dysfunktionen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ausfindig machen kann und auch korrigieren kann. Dies ist ganz sicher falsch.

Der gesellschaftliche Prozess in seiner Gesamtheit ist von derartiger Vielfältigkeit, Komplexität und Dynamik, dass er zwar wissenschaftlich begleitet und erforscht werden kann bzw. muss. Aber es gibt keine geschlossene gesellschaftliche Kraft, die ihn bestimmen und lenken kann - es **darf** keine mehr geben wegen der gemachten Erfahrungen und dies stand nicht von allem Anfang an fest wie alle Besserwisser und die, denen überhaupt nicht am Sozialismus gelegen war, jetzt gern behaupten. Historisch gesehen ist der gesellschaftliche Prozess im Feudalismus und Kapitalismus immer von einer relativ kleinen, genau umrissenen Kraft geführt worden (Hochadel, Klerus, Finanzoligarchie etc..) - allerdings ohne ein bewusstes Konzept, wenn man von den Spielarten politischer Machtstrategien absieht.

Wie ist dann der Anspruch: bewusste Gestaltung dynamischer gesellschaftlicher Prozesse ohne führende Kraft bei Stabilisierung auf immer höherem Niveau zu verwirklichen? Dies ist m.E. eine Kernfrage und die momentane Stärke des Kapitalismus rührt möglicherweise nicht daher, dass der reale Sozialismus versagt hat, sondern, dass er behauptet, auf diese Frage eine Antwort zu wissen. Diese sieht verdammt sozialdemokratisch aus. Der Kapitalismus hat keinen Absturz in die oft vorhergesagte Krise durchgemacht. Trotz zunehmender Verelendung der Menschen in fast allen Entwicklungsländern hat er Ansätze zur Meisterung der Schuldenkrise entwickelt und die Hegemonie in den entwickelten Staaten ist ungebrochen und das, nachdem sie in den 60er Jahren ernsthaft gefährdet war.

Die Methoden seiner Herrschaft sind "Teile und Herrsche", "Entwickle ständig Neues - auch wenn es das Alte ist", "Verwische Zusammenhänge und verdeckte Verantwortung" und "Wenn es Schuldige gibt, dann sind es Sachzwänge" bzw. "Die anderen sind noch schlimmer bzw. die sind noch schlechter dran".

Neben der Frage nach den Strukturen, die Sozialismus entfalten muss, um gesellschaftlichen Fortschritt zu induzieren, ist die Frage der Ökonomie natürlich nach wie vor entscheidend. Ich behaupte ja auch nur, dass der moralische Aspekt der Herrschaftsgewinnung und -ausübung gegenüber dem der Ökonomie an Bedeutung enorm gewonnen hat, glaube aber natürlich, dass die Frage, wie die Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens (Arbeit, Wohnen, Sicherung der Lebensgrundlagen) geschaffen werden, Priorität hat.

Auch hier wieder mein einstweiliges Ergebnis vorneweg: Es muss möglich sein - schon um nicht immer hinterher zu hinken, dass gesellschaftliches Leben nach anderen Massstäben als Geld zu organisieren ist. Wie gearbeitet und gewohnt wird, wie Verkehr und Kommunikation, Bildung und Kultur, Freizeit und Naturgenuss organisiert wird, könnte nach meiner Auffassung doch total anders geregelt sein

als es der Kapitalismus "naturnotwendig" vorgibt, ohne dass die vergleichbare wertmässige Leistungskraft der Ökonomie ausschlaggebend ist.

Warum musste Arbeitszeit, Inhalt der Arbeit, Umweltschutz und Verkehr so viel schlechter im realen Sozialismus sein? Waren die Prioritäten wirklich nicht anders zu setzen? Ich gehe davon aus - und das ist berechenbar - dass ungeheure Kapazitäten im Kapitalismus für Rüstung, Individualverkehr, Reklame, überflüssige Waren und Dienstleistungen vergeudet werden. Kann nicht der Umkehrschluss sein, dass mit weniger Aufwand ein Mehr an humaner, individuell befriedigender Lebensgestaltung möglich sein muss?

Natürlich war ein Grossteil der Rüstung und insbesondere der Unterstützung für nationale Befreiungsbewegungen und fortschrittlicher Kräfte notwendig. Aber z.B. die Unterstützung für westliche KPen -- wurde sie nicht vergeudet, weil das Bild vom Sozialismus nichts hergab? Freiheit und Demokratie in wirklichem Sinn, beispielhaftes Bildungssystem und öffentlicher Verkehr und Wohnungspolitik. Hätten hier nicht Schwerpunktsetzung mehr bewirkt? Energieeinsparung und Umweltschutz - wurden hier nicht Sünden begangen, die keine Ökonomie aufholen kann?

Ich selber habe mich immer zu sehr auf die Argumente der Sachzwänge verlassen. Etwas was die Bewegung der Grünen und Alternativen - oft scheinbar gegen alle Vernunft - nicht in dem Masse getan haben. Sie konnten dadurch partiell durchaus Bewusstsein verändern, was allerdings durch unseren flexiblen Herrschaftssicherungsmechanismus aufgesogen wird.

Was momentan vom realen Sozialismus bleibt, ist, dass er jedem und jeder Bildung, Arbeit, Brot und schlechte aber billige Wohnung gegeben hat. Das ist zu wenig, obwohl er damit die Ziele der klassischen Arbeiterbewegung erfüllt hat. Viele Kleinigkeiten des Alltags, die aber unverzichtbar sind, wurden vernachlässigt und wären doch bei weniger Engstirnigkeit machbar gewesen und zwar zum gleichen Preis. Presse, Rundfunk, Fernsehen, Erziehung und Bildung hätten zum gleichen Preis besser sein können. Energieeinsparung, Urlaubs- und Freizeitmöglichkeiten fast zum gleichen Preis.

Die Kosten der Stasi könnte man leicht gegen bessere Infrastruktur (Nahverkehr und Telefon) aufrechnen. Was ich mangels Wissen nicht aufrechnen möchte, ist Verringerung der Braunkohle gegen Importenergie und dafür Umweltverbesserung und Export von Umweltechnologie. Letzteres ist nur ein Beispiel dafür, dass mit der Frage der Devisen alles steht und fällt und dies ist gleichbedeutend mit der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt bei gleichzeitiger Benachteiligung - Nichtbewilligung von Krediten und Technologieboykott. Mir ist klar, dass zwischen Bedürfnisentwicklung und -befriedigung eine Zeitverzögerung liegt, das diese schönen Hoffnungen scheitern lassen kann.

Mir ist klar, dass nach dem wirklich schweren Aufbau trotz Reparationen, Boykott und Sabotage eine Reihe von langfristigen Investitionen hätten getätigt werden müssen, um zu der von mir angedeuteten neuen Ökonomie zu kommen, die es ihrerseits dann gebracht hätte (Umrüstung der Energieversorgung und ihres Verbrauchs, Entwicklung der Infrastruktur, des Verkehrs und der Technologie in den Schwerpunktindustrien). Dafür hätte man langfristige Milliardenkredite gebraucht, die international nicht zu haben waren - nicht weil sie nicht zu bezahlen gewesen wären. Ohne IWF und Weltbank läuft da nichts und das setzte die Spirale des Untergangs in Bewegung: Keine konkurrenzfähige Industrie (bis auf Ausnahmen), schlechtes Arbeits- und Lebensumfeld der Bevölkerung, Ressourcenverluste durch Demotivation und Abwanderung, Überwachung und Abschottung etc.pp.

Die Frage für die DDR und andere real-sozialistische Länder: Wie dem Aus-der-Hand-in-den-Mund-leben entkommen? Einige Länder wie z.B. Polen konnten und hatten riesige Kredite aufgenommen und den industriellen



Umbau fast schon vollzogen, da machten in den 70er Jahren die gestiegenen Zinsen, notwendige Energieimporte sowie Preisverfälle für bestimmte Industriewaren auf dem Weltmarkt alles zunichte. In diesem Sinne hat durchaus die Ökonomie entschieden und meine Haltung tendiert momentan dahin, dass es um die Ökonomie keinen Bogen gibt. Also doch keine Planwirtschaft? Oder etwas zwischen Markt und Plan, was es meiner Überzeugung nach nicht gibt?

Sicher gibt es viele Varianten, kapitalistischer staatlicher Wirtschaftspolitik und durchaus auch solche, die man sozial(istisch) nennen könnte, doch nicht für Staaten, die sich explizit in Gegnerschaft zum Kapital durch eine sozialistische Revolution gesetzt haben. Diese trifft die volle Härte der ökonomischen Gegenmassnahmen. So lag z.T. die Hoffnung in einem doch grösseren Markt wie dem RGW - nur hier war die gemeinsame Betroffenheit und Gegnerschaft zum Imperialismus offensichtlich nicht ausreichend, um ein funktionierendes binnenwirtschaftliches Umstrukturieren der einzelnen Volkswirtschaften zu ermöglichen - die weltwirtschaftlichen Veränderungen der 70er Jahre zogen den gesamten RGW in den Strudel.

Und selbst mit der Betroffenheit der Entwicklungsländer, die in ihrer Mehrheit mit den RGW-Ländern eine andere Weltwirtschaftsordnung forderten, reichte es nicht, die Vormacht der 10 stärksten kapitalistischen Länder zu brechen.

Durch alle diese Zusammenhänge, die mir hierzu einfallen, möchte ich nur deutlich machen, dass es mir gar nicht so wichtig ist, mit der sog.40-jährigen Misswirtschaft des realen Sozialismus, sondern vielmehr die Frage für mich steht: wie kann man denn überhaupt gegen diesen Moloch Imperialismus ankommen? Und da kann ich nur noch als vage Hoffnung erkennen: Dass gegen das Unrecht, die Ausbeutung, das Aushungern und Ausbluten der Mehrheit der Menschheit durch den Imperialismus mitsamt seinem Energie- und Rohstoffimperialismus und damit seiner Welt/Natur-Zerstörung in einer moralisch alternativen Weise eine staatlich(?) manifeste Gegenkraft als Hoffnung für alle aufgebaut werden kann. Eine Gegenkraft, die auch ökonomisch überlebensfähig ist.

Kann, soll oder muss diese Gegenkraft in ökonomischer Hinsicht kapitalistisch organisiert sein, wo doch der Kapitalismus viele Spielwiesen zulässt? Geht damit der moralisch-politische Anspruch flöten?

#### **4.1) Einschub: Der moralische Anspruch an Politik**

Was ist überhaupt der bzw. mein moralisch-politischer Anspruch? Aus meinen bisherigen Auslassungen geht hervor, daß ich ihm eine grosse Bedeutung gebe, weil nach meiner bisher dargelegten Begründung der Zusammenbruch des realen Sozialismus in erster Linie nicht ein ökonomischer und politischer, sondern ein moralischer war. Deshalb also ein Einschub zur Moral - d.h.. meiner Vorstellung von politischer Moral. Wobei bereits die Feststellung, dass bisher Moral für mich keine politische Kategorie war, etwas aussagt über meine Einstellungsänderung aufgrund des realen Sozialismus-Zusammenbruchs.

Bisher hatte ich gelernt, dass Politik in erster Linie mit Ökonomie und dann mit Macht etwas zu tun hat. Beides fest begründet in der für mich auch jetzt noch geltenden Erkenntnis, dass die Art und Weise, wie eine Gesellschaft ihre Lebensgrundlagen schafft, die Ausgangsbedingungen setzt für alle anderen gesellschaftlichen Lebenstätigkeiten und dass die Verfügung und Gestaltungsmöglichkeiten über diese Lebensfragen gleichbedeutend mit dem Machtbesitz und der Herrschaftsausübung in einer Gesellschaft sind.

Aufgrund dieser Zusammenhänge hatte Politik, Ökonomie und Machtausübung für mich nichts mit Gut und Böse, d.h. mit Moral zu tun. Es war mir auch immer wichtig, dass die Analyse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft durch Marx nicht auf der Basis moralischer Kategorien erfolgt - ganz im Gegensatz zu allen Denkansätzen, die durch mein

christliches Elternhaus und eine entsprechende christlich-abendländische Erziehung bislang entwickeln konnte.

Sicher war dies auch ein Grund, weshalb ich der Argumentation aufgrund politisch-ökonomischer Sachzwänge so leicht folgen konnte: die Machtfrage - einmal entschieden - war alle gesellschaftliche Entwicklung nur eine Frage der Ökonomie und der Entscheidung durch die arbeitende Klasse - sprich: die Partei - sprich: deren Exekutivorgan. Ich vereinfache hier, um zuzuspitzen. Natürlich sah ich bei jeder problematischen Entscheidung durch die Politbürokratie, die ich als SEW-Mitglied verteidigte (- nie verteidigen musste), dass es Argumente für und wider gab, dass der sog. subjektive Faktor berücksichtigt werden musste und das aktuelle Kräfteverhältnis. Aber niemals gab es die Frage und das Problem der Moral. Diese war eher ein Gegenpol zur Ratio mit der das politische Geschehen ablief, beeinflusst und gelenkt wurde. Ein entscheidender Unterschied zur bürgerlich-kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftsentwicklung war auch die Bewusstheit, mit der die aktive Klasse ihre Geschicke und die der ganzen Gesellschaft in die Hand nahm.

Moral kam in meinem Weltbild höchstens vor als die negativ bestimmte bürgerliche Moral, in der Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit verkommen war zu Manipulation - Sozialdarwinismus und Entsolidarisierung. Sozialistische Moral - natürlich auch hier die Moral der Herrschenden - war entwickelter, ehrlicher, aber keineswegs ausführlich definiert und erklärt.

Ein einziger Zusammenhang fällt mir nur ein in der Frage Menschenrechte. Hier vertrat ich so wie es allenthalben im realen Sozialismus vertreten wurde die Auffassung, dass die sozialen Menschenrechte nämlich Recht auf Gesundheit, Arbeit, Bildung, Wohnung die Wahrnehmung der klassischen bürgerlichen, nämlich Recht auf Leben, Freizügigkeit, Gleichheit etc. erst ermöglichen. Dies halte ich auch weiterhin für gültig.

Moralische Kategorien waren für mich aber keine Frage der Herrschaftslegitimation und -sicherung, da der moralische Anspruch des Sozialismus - Kommunismus ohnehin vom Anspruch her höherwertig war. Die Frage und das Problem, dass Moral auch realisiert, verständlich gemacht und gesichert werden muss und für die Gewinnung von Menschen und damit der Machtsicherung von erheblicher Bedeutung war, stellte sich mir nicht. Der von vornherein höhere moralische Anspruch des realen Sozialismus schaffte gleichsam das Problem aus der Welt.

Der Zusammenbruch des realen Sozialismus - gerade in moralischer Hinsicht - hat an dieser Stelle bei mir viel verändert. Moral ist - so wie ich momentan darüber denke - nicht mehr nur eine Frage des Ausgangspunktes und des Anspruchs (wofür kämpfe ich), sondern, wie die Frage der Macht, ein Gegenstand, zu dem man stets angeben muss, wie man den Anspruch einlöst und immer wieder neu und detailliert stellt und wie man Regularien und Strukturen schafft, die es möglich machen, diesen Anspruch einzulösen.

Es ist also mit der Moral wie mit den Menschenrechten. Man kann und muss nicht nur abstrakt diese Rechte aufstellen und fordern, sondern eine Gesellschaft soll auch gezwungen sein anzugeben, durch welche konkrete Politik sie diese Rechte einlöst.

Um welche moralischen Ansprüche geht es mir dabei konkret? Hier möchte ich einmal drei Ebenen unterscheiden, auf denen moralische Ansprüche formuliert werden können. Das sind

die humanistische Ebene, die dadurch bestimmt ist, dass aufgrund des Mensch-Seins und der Gleichheit der Menschen in erster Linie individuelle Rechte und Ansprüche an das individuelle Leben gewährleistet werden müssen.

Die soziale Ebene, die dadurch bestimmt ist, dass alle Individuen

aufgrund ihrer sozialen Zusammenfügung und Einordnung Rechte beanspruchen können und müssen, die sich nicht automatisch aus individuellen Möglichkeiten ergeben.

Die internationale Ebene, die sich aus dem friedlichen und gleichberechtigten Leben der Völker, Nationen und Staaten ergibt.

Das Problem der Herstellung der moralischen Integrität einer Politik ergibt sich daraus, dass diese 3 Ebenen nicht automatisch parallel befriedigt werden können. So wie etwa die bürgerlich-kapitalistische Moral blind ist für die Ebene 2 und 3, so - behaupte ich - war der reale Sozialismus blind für die Ebene 1. Und der Verstoss des Systems 'Stalin' gegen Moralgebote der Ebene 3 ist bekannt.

Um bei Beispielen zu bleiben: die soziale Marktwirtschaft beansprucht, allen 3 Ebenen gerecht zu werden soweit national ihre Kräfte ausreichen. Dieser Anspruch kann nicht einfach pauschal widerlegt werden unter Hinweis darauf, dass allein die imperialistische Weltwirtschaft jedem moralischen Grundsatz der Ebene 3 widerspricht und moralische Grundsätze der Ebene 2 nur für die Völker gelten, die andere Völker und Kontinente ausbeuten können.

Globales Vorgehen und Urteilen schadet hier und ich meine, dass man umgekehrt vorgehen muss und jeden Politikschritt, jede Entscheidung und jede Programmatik im Hinblick auf alle 3 Ebenen prüfen muss und verlangen muss, dass keine Widersprüche - auch nicht zeitweise auftreten dürfen. Das scheint im Sinne von Politik als der Kunst des Möglichen ein Widerspruch in sich zu sein.

Die Forderung bedeutet hier jedoch die Verpflichtung zur Prüfung und sagt nichts darüber aus, wer prüft und wann. Wer hätte wann z.B. prüfen wollen, dass die Entscheidung für die Braunkohle in der DDR als Hauptenergieträger gegen moralische Kriterien der Ebene 1 und 3 verstösst?

#### **4) Herstellung eines neuen ökonomischen Gleichgewichts im Spannungsfeld von innerer sozialistischer Ökonomie und kapitalistischem Weltmarkt.**

Hierzu ist in den letzten 2 Punkten bereits das meiste gesagt. Ich möchte es noch einmal zusammenfassen, um mir das Problem deutlicher zu stellen.

Markt oder Plan ist nur ein Teilaspekt des sozialistischen Dilemmas. Das entscheidende Problem ist, dass es keine - auch nur teilweise - Isolierung vom Weltmarkt gibt und den Kräften, die ihn bestimmen. Das gilt selbst für flächen-, bevölkerungs- und rohstoffreiche Gemeinschaften. Das ausgesprochene Ziel eines ökonomischen Gleichgewichts - noch dazu im totalen Gegensatz zum Weltkapitalismus - ist nicht realistisch.

Ein "sozialdemokratisches" Ziel könnte lauten: Im Rahmen der Marktwirtschaft staatliches Gegensteuern gegen die beständige Tendenz der Umverteilung zuungunsten der arbeitenden Mehrheit und die Demokratisierung der Wirtschaft als Gegenzug zum Ausschluss dieser Mehrheit aus der ökonomischen Mitbestimmung.

Basis der Gegenkräfte ist nicht die gemeinsam erduldeten Ausbeutung, sondern der drohende Verlust eines Besitzstandes. Dies birgt vom Ansatz her die Gefahr der Entsolidarisierung in sich. Deutlich erkennbar in der internationalen Entsolidarisierung.

Gerade der 4. Punkt realsozialistischer Zielvorstellungen enthält aber gegenüber den aggressiv klingenden ersten Punkten am meisten humanistischen und moralischen Anspruch. Im Gegensatz zur menschenmordenden kapitalistischen Entwicklungsdynamik sollte hier die kontinuierliche Entwicklung ökonomischer Potentiale im Ausgleich mit allen Beteiligten - auch in internationaler Hinsicht - bewusst in

Angriff genommen werden.

Alle Logik des realsozialistischen Ansatzes sprach auch für sich. Übrigens auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Eindämmung der Produktion beliebiger, z.T. überflüssiger Produkte durch Konzentration von Entwicklung und Produktion. Sekundärrohstoffeffassung und -wiederverarbeitung. Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienenverkehrs. Integration von Wohnstätten und Arbeitsstätten etc. wurden in der DDR schon in den 50er Jahren propagiert - nicht primär unter dem Umweltschutzgesichtspunkt, sondern unter dem Gesichtspunkt sparsamen Umgangs mit teuren Ressourcen. Bei uns werden heute diese Gedanken unter dem positiven Aspekt der Lebensraumsicherung propagiert. In der DDR waren sie immer Begleiterscheinung des alltäglichen Mangels. Auch hier hat die positive Akzeptanz Bewusstsein verändern können, die negative kaum.

Bei allem Abwertenden was jetzt zum RS in der DDR gesagt und schon immer Allgemeingut war, darf nicht vergessen werden, dass das gesamte Land nach den sowjetischen Reparationen total umstrukturiert werden musste, wobei extreme regionale Unterschiede ausgeglichen wurden und niemand in Existenznöte gestürzt wurde und parallel die gesamte Führungs- und Fachelite neu entwickelt wurde. Alles unter Bedingungen der Blockade von aussen. Erreicht wurde der 10. Platz unter den Industriestaaten. Dies bleibt eine historische Leistung. Dies ist auch als Leistung des Volkes verankert gewesen und daher rührt auch ein Teil der relativ langen Lebensdauer des diktatorischen Regimes.

International ist die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen binnen- und aussenökonomischen Anforderungen herzustellen. Eine Unmöglichkeit, wenn die Situation eines Kampfes auf Leben und Tod besteht. Schlussfolgerung wäre demnach, dass nur von innen heraus, aus dem Kapitalismus selber - d.h. im Gleichklang mit seiner eigenen Entwicklung - dieses Gleichgewicht herstellbar wäre. Dies muss nicht identisch mit Verzicht auf Revolution sein, denn der Kapitalismus ist die Inkarnation der Revolution der Produktivkräfte. Was dabei unklar ist: wie und welche Produktionsverhältnisse dabei verändert, geschwächt bzw. stabilisiert werden können und durch wen - die Kernfrage jeder Revolution.

## **5) Sozialistisches Weltsystem und antiimperialistische Befreiungsbewegungen.**

Dieses Thema gehörte zum Kern realsozialistischer Politik und es war für jede Genossin und jeden Genossen **die** klarste Sache der Welt, dass nur eine Symbiose dieser weltumspannenden Kräfte eine spürbare Veränderung des weltpolitischen Kräfteverhältnisses bringen konnte und die nicht geringen Leistungen der sozialistischen Länder auf diesem Gebiet werden jetzt, da **sie** wegfallen von allen betroffenen Entwicklungsländern laut eingefordert und erst dadurch teilweise in unser Bewusstsein gerufen. Ohne SU ohne DDR, CSSR, Polen und die anderen sozialistischen Länder sind Cuba, Angola, Mozambique, Vietnam als sozialistische Länder kaum lebensfähig, was ihren Regierungen den Vorwurf der Marionettenregimes eingebracht hat. Aus rein paritätischen Gründen sollte man sich aber die entsprechenden westlichen Marionetten dazu ansehen und dann erst den Vergleich der Lebenslage der Bevölkerungen dieser Länder anstellen.

Wenn man dann noch berücksichtigt, dass es immer verheerende Bürgerkriege geben musste, bevor in einer ausgebeuteten Kolonie mit einer korrupten, verbrecherischen Regierung eine Entwicklung mit einer sozialistischen Richtung möglich wurde mit allen ökonomischen und politischen Wirren, geht diese Parität gleich wieder abhanden. Umgekehrt erinnere ich mich nicht, dass es Bürgerkriege gegeben hat, wenn ein sozialistisches Land wieder einen kapitalistischen Weg eingeschlagen hat und davon gibt es jetzt eine gewisse Anzahl.

Die Entwicklung der Bewegung der nichtpaktgebunden Staaten, der Bewegung für eine neue Weltwirtschaftsordnung, waren Ansätze und Höhepunkte einer Politik, die moralisch einwandfrei war und immer den

Finger auf den wundesten Punkt des Imperialismus legten: Die Entwicklungsländer sind arm, weil der grösste Teil der Ressourcen von den reichen Ländern verbraucht wird und sie werden immer ärmer, weil diese reichen Länder die "terms of trade" bestimmen.

Dass die sozialistischen Länder diese Bewegungen **in** ihrer Pluralität mitinitiierten und trugen ist genauso dem Vergessen anheim gefallen wie die Tatsache, dass die KSZE über Jahrzehnte gemeinsames Ziel der sozialistischen Länder war und diese im übrigen auch als "kommunistisches Werk" diskriminiert wurde.

Die sozialistischen Länder haben - weil selber Leidtragende - diese Bewegungen unterstützt und waren natürlich damit immer der Gefahr ausgesetzt, Regulierungen zumindest z.T. unterstützen zu müssen, die durchaus nicht Vorzeigecharakter hatten.

Im Übrigen lässt genügend Geld immer die Möglichkeit des Eingreifens zu, ohne sich die Hände schmutzig zu machen. Eine Möglichkeit, derer sich die sozialistischen Länder nicht bedienen konnten wohl aber die Gnome von Zürich. Um letztere kräht daher auch nie ein Hahn.

Ein tragisches Beispiel für positives Einmischen war die Afghanistan Politik der SU. Gerufen von einer revolutionären Regierung, die Bodenreform, Gesundheits- und Bildungsreform, Gleichstellung der Frau etc. auf ihre Fahnen geschrieben hatte und die von dadurch Benachteiligten, dem CIA und dem reaktionären pakistanischen Militärregime hinweggepusht worden wäre, kam die rote Armee zu Hilfe und wurde dadurch in die innenpolitischen Auseinandersetzungen Afghanistans hineingezogen. Die Hilfe war aufgrund der Einkreisungspolitik der USA gegen die SU natürlich nicht uneigennützig, da die afghanische Grenze ein neuralgischer Punkt in der globalen Strategie dieser Politik ist. Beide Fakten - afghanische Innenpolitik und militärstrategische Sicherheit - untergruben den moralischen Aspekt der Unterstützung einer fortschrittlichen nationalen Revolution.

Seit Vietnam wissen wir, dass unter solchen Bedingungen auch militärische Überlegenheit keinen Sieg herausholen kann.

## 6) Resümee

Am Anfang stand bei mir die Heraushebung eines Grundfehlers der RW-Entwicklung (s. Seite -2-):

Aus der ökonomischen Analyse des Kapitalismus durch Marx folgte der Aufbau dieses Sozialismus mit einer anderen Ökonomie (die andere Politik war nur ein Ausfluss dieser Ökonomie). Aber - so meine Behauptung - mit einer anderen, naturgemäss schwächeren, ist der Kapitalismus nicht zu schlagen, sondern nur mit einer überlegenen Lebenspraxis und Weltanschauung, die letzterer entspricht.

Der Inhalt der RS Weltanschauung auf den Punkt gebracht, den auch die Menschen verstanden war: "Arbeit, Brot und Wohnung für die arbeitenden Menschen - nieder mit den Ausbeutern!" Das genügt heute nicht mehr - zumindest nicht in unseren Breiten.

Aber unter der Situation gesättigter Grundbedürfnisse ist es auch nicht so einfach, neue, richtige und verständliche Inhalte für eine politisch relevante Mehrheit zu definieren. Auch die Rettung der (Um)Welt reicht nicht hin. Es geht auch nicht mehr um das Definieren von Inhalten für jemanden, sondern um das Aufgreifen gefühlter und gewusster Meinungen von selbstverantwortlich denkenden Menschen. Stellvertreterpolitik ist out. Auch das macht fortschrittliche Politik schwerer.

Diesen Veränderungen nicht gerecht geworden zu sein, ist der Grundfehler des RS. Für mich als mehr theoretisch und global interessierten Menschen ist zudem das Schlimmste, dass der RS keine "eingebauten" Mechanismen der eigenen Veränderungen entwickelt hat,

---

obwohl gerade die allgemeine Entwicklungstheorie des Marxismus (die materialistische Dialektik) dies fordert und dem Kapitalismus aufgrund dieses Mangels den Untergang voraussagt. Zur politisch-moralischen Niederlage kommt also auch die theoretische hinzu.

Wobei der Kernpunkt der Theorie, die ökonomische Analyse des Kapitalismus unbestritten richtig bleibt - ja geradezu durch die Umwälzungen glänzend bestätigt werden. Am Marxismus-Leninismus muss lediglich der Leninismus in der Form, wie ihn Stalin als Dogma durchgesetzt hat, revidiert werden. Dazu gehört mit an erster Stelle sein Parteikonzept. Lenins Imperialismusanalyse muss mindestens um die Hegemonie- und Klassentheorie von Gramsci (s.a. R. Garaudy) erweitert werden, wobei alle neueren und neuesten Erfahrungen in theoretischer Form hinzugearbeitet werden müssen.

Eine Aufgabe von mehreren Jahren. Ohne diese zu lösen und dabei den politischen Kontakt in der Gesellschaft nicht zu verlieren wird eine kommunistische Partei keinen Erfolg mehr bei uns haben.